

Drei Jahre "Bolivarianische Revolution" in Venezuela: Trabajadores y empresarios unidos jamas seran vencidos

Sánchez López, Francisco

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sánchez López, F. (2001). *Drei Jahre "Bolivarianische Revolution" in Venezuela: Trabajadores y empresarios unidos jamas seran vencidos*. (Brennpunkt Lateinamerika, 24). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443294>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 24

31. Dezember 2001

ISSN 1437-6148

Drei Jahre „Bolivarianische Revolution“ in Venezuela: *Trabajadores y empresarios unidos jamás serán vencidos*

Francisco Sánchez López

Am 10. Dezember 2001 sah sich die Regierung von Hugo Chávez Frías, dem Präsidenten der Bolivarianischen Republik Venezuela, mit einem von den Unternehmervereinigungen und wichtigsten Gewerkschaften des Landes gemeinsam organisierten Generalstreik konfrontiert. Ausgelöst wurde dieses Bündnis, das Karl Marx zum Überdenken seiner Klassenkampftheorie gebracht hätte, durch die öffentliche Bekanntmachung von 49 neuen Gesetzen durch den Präsidenten. Dies erfolgte am letzten Tag, an dem die von der Nationalversammlung an Präsident Chávez auf begrenzte Zeit übertragenen Legislativbefugnisse noch Gültigkeit hatten. Der Streik als Reaktion auf den autokratischen Habitus des Präsidenten markiert jedoch nur die sichtbare Spitze des Eisbergs einer kritischen Entwicklung in der venezolanischen Gesellschaft. Eine tiefe politische und soziale Bruchlinie durchzieht die Bolivarianische Republik in Zeiten des Hugo Chávez. Um die augenblickliche Konstellation besser zu verstehen, ist einerseits ein Rückblick auf die jüngere Geschichte des Andenstaates notwendig. Andererseits bedarf es der Erläuterung einiger Charakteristika der seit 1998 im Amt befindlichen Regierung des selbst ernannten Revolutionärs und ehemaligen Putschisten Chávez.

Historische Vorbemerkungen

Im Jahr 1958 wich die letzte Militärdiktatur Venezuelas einer Demokratie, die fortan eine Art Referenzpunkt für andere lateinamerikanische Staaten in ihrem Bemühen um eine demokratische Transformation bildete. Die venezolanische Demokratie stützte sich auf ein Zwei-Parteien-System, das sich im Pakt von *Punto Fijo* zwischen der sozialdemokratischen *Acción Democrática* (AD) und dem christdemokratischen Co-

mité Político Electoral Independiente (COPEI) sowie einer dritten, inzwischen unbedeutenden Kraft manifestierte. Bis 1998 wechselten sich AD und COPEI bei der Regierungsbildung ab und verhinderten jegliche Beteiligung einer dritten, alternativen Partei an der politischen Macht. Neben der augenscheinlichen politischen Stabilität profitierte Venezuela von reichlichen Einnahmen aus der verstaatlichten Erdölindustrie, die die wirtschaftliche Entwicklung stützten.

Der derzeitige Präsident war der Protagonist einer der schwersten Krisen, die das etablierte Zwei-Parteien-System zu überstehen hatte. Am 14. Februar 1992 unternahm Chávez mit einigen Gefolgsleuten aus den Reihen des Heeres einen Putschversuch, mit dem der sozialdemokratische Präsident Carlos Andrés Pérez gestürzt werden sollte. Unter der Regierung Pérez erlebte Venezuela eine tiefe Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch eine jahrzehntelange *rent-seeking*-Praxis, die auf dem Nährboden der staatlichen Erdölindustrie prächtig gediehen war, deren Potential aber weitgehend erschöpft schien. Zwar scheiterte der Staatsstreich, dennoch diente er dazu, dem damaligen Oberstleutnant Chávez eine politische Plattform zu schaffen: Zu bekämpfen waren die Korruption und das eingefahrene Zwei-Parteien-System, das sie ermöglicht hatte. Diese beiden Faktoren waren laut Chávez die Stützpfeiler eines oligarchischen Modells, welches sowohl in der politischen als auch in der ökonomischen Sphäre Venezuelas verankert war.

Chávez gewann die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1998 (siehe Brennpunkt Lateinamerika 1-1999) als Kandidat des *Movimiento de la Quinta República* in einem Bündnis mit 12 weiteren Parteien und Bewegungen. Weitere Kräfte innerhalb der Linkskoalition bildeten der *Movimiento al Socialismo* (MAS), die *Causa Radical* (CausaR), der *Partido Comunista*, der *Polo Patriótico*, die Gruppierung *Patria Para Todos* und weitere kleine Zusammenschlüsse, denen bis dahin die Rolle von strukturellen Minderheiten im bipolaren venezolanischen Parteiensystem zugekommen war. Das Wahlbündnis hatte nur kurzen Bestand, und nach dessen Zerfall verwandelten sich einige der ehemaligen Koalitionäre in die schärfsten Kritiker des Präsidenten. Fortan hatte Chávez praktisch keine ernsthaften Konkurrenten mehr zu fürchten. Denn die althergebrachten Parteien befanden sich in einer tiefen organisatorischen und programmatischen Krise, nachdem sie bereits in den vorausgegangenen Jahren große Teile ihrer traditionellen Anhängerschaft infolge ihrer fehlgeleiteten Politik, die in den volkswirtschaftlichen Bankrott gemündet war, verloren hatten.

Dies war nur der Anfang einer ganzen Serie von Erfolgen, die Chávez zu verzeichnen hatte. Sein Machtzuwachs wurde nach den Präsidentschaftswahlen von den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, einem Verfassungsplebiszit sowie von den Wahlen in den Gemeinden und Bundesstaaten genährt – den Schlusspunkt

bildeten die sogenannten Megawahlen im Juli 2000, bei denen Chávez als Staatspräsident wiedergewählt wurde (siehe Brennpunkt Lateinamerika 10-2000).

Einer der Marksteine des *chavismo* ist die neue Verfassung Venezuelas, die im offiziellen Sprachgebrauch als „Grabstein des *Puntofijismo*“ und als „Mutter der Bolivarianischen Revolution“ firmiert. Die Mehrzahl der in- und ausländischen Kommentatoren stellt bei der Bewertung der neuen Verfassung die Schaffung einer Vielzahl von Institutionen in den Vordergrund, die allesamt den Handlungsspielraum des Präsidenten erweitern. Die symbolische Neugründung Venezuelas schlug sich in der Umbenennung des Staates von Republik Venezuela in „Bolivarianische Republik Venezuela“ nieder. Aber das revolutionäre Streben Chávez' und seiner bolivarianischen Anhänger beschränkte sich nicht auf die politische Struktur des Landes, sondern setzte sich in der Revolutionierung der Verfassungsprinzipien fort – statt der seit der Aufklärung – gültigen drei Gewalten, sieht der venezolanische Staat fünf Gewalten vor.

Chávez – ein demokratischer Revolutionär

Drei Komponenten des chavistischen Diskurses lassen sich deutlich identifizieren: Seine antioligarchische Position, die bolivarianische Revolution sowie die direkte, partizipative Demokratie. Nach der Lesart des Präsidenten war die Oligarchie, die in der Vergangenheit gewonnene politische Macht mit dem Pakt von *Punto Fijo* zementiert hatte, für die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Krise des Landes verantwortlich, weil sie sich über Jahrzehnte öffentliche Ressourcen, insbesondere die Erdölrenten, angeeignet hatte und ausschließlich die mittleren und höheren Einkommensschichten von den staatlichen Einnahmen profitieren ließ. Das von Chávez beschriebene oligarchische System wurde von den traditionellen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen wie den Gewerkschaften garantiert.

Über klientelistische Praktiken gelangten die Pfründe in ausgewählte Sektoren der venezolanischen Gesellschaft. Chávez' Oligarchie ist eine Mischung aus jener im Sinne der klassischen politischen Theorie und des Oligarchiebegriffes, wie er sich aus der politischen Geschichte Lateinamerikas herauskristallisieren lässt, in der gesellschaftliche Gruppen immer wieder mit ökonomischen, politischen, sozialen und kultu-

rellen Privilegien bedacht wurden. Die lateinamerikanische Oligarchie meint den Sektor von Eigentümern, der sich nicht vollends in das kapitalistische System einfügt, sondern sich nur soweit an die marktwirtschaftlichen Prinzipien hält, wie es notwendig erscheint, um mittels der alt-hergebrachten Privilegien unter Umgehung des fairen Wettbewerbs vom Markt zu profitieren.

Chávez sieht sich selbst als Revolutionär und ist ein politischer Erbe der Kubanischen Revolution, also einer Strömung in der lateinamerikanischen Politik, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer, der Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua und dem Friedensabkommen in El Salvador in einer Krise befindet. Aber die chavistische Revolution hat stärkere nationalistische Züge, und sie ist tiefer mit dem politischen Denken des Feldherrn und Helden der Unabhängigkeitskriege der Andenländer, Simón Bolívar, verwoben. Es gab bereits zuvor Gruppen, die sich auf historische Führer und Vorkämpfer der Unabhängigkeit beriefen, wie José Martí in Kuba oder Sandino und Farabundo Martí in Zentralamerika, oder erneut Simón Bolívar im Fall des kolumbianischen M-19 bzw. Alfaro Vive Carajo in Ekuador. Aber im Unterschied zu jener Epoche weist die bolivarianische Revolution des Hugo Chávez weitaus weniger externe Einflüsse auf. Parallelen zwischen der chavistischen Bewegung und den historischen Vorläufern, auf die sie sich beruft, bestehen im Antiimperialismus (genauer: Antinordamerikanismus) und *tercermundismo*; diese traditionellen Bestandteile werden um die neueren Feindbilder der Linken, Neoliberalismus und Globalisierung, ergänzt. Besonders ist an der chavistischen Revolution die ausgesprochene Konzentration auf die Person Chávez, wohingegen die gesellschaftliche Bewegung hinter dem *líder* unscharf bleibt. Das führt dazu, dass Chávez häufig eher die Rolle des heilbringenden Retters auszufüllen scheint als die des Revolutionärs. Darüber hinaus handelt es sich im venezolanischen Fall bei den Revolutionären nicht um radikale Gruppen, die gegen die Machthaber rebellieren, sondern der Protagonist der Revolution ist der demokratisch gewählte Präsident. In diesem Sinne haben einige Autoren Vergleiche zwischen dem Venezuela Chávez' und dem Chile Allendes angestellt.

Die Demokratie ist laut Chávez kein Mechanismus zur friedlichen Lösung politischer Konflikte mittels eines Sets von Verfahren und Regeln (Rechtsstaat) und kein System, das die pluralistische Repräsentation gesellschaftlicher

Gruppen sowie individuelle und kollektive Rechte garantiert. Die venezolanische Demokratie qualifiziert sich selbst als direkt und partizipativ. Dabei ist die beeindruckende Wahlbilanz des Präsidenten nicht außer Acht zu lassen. Die Wahlen sind formal nicht zu beanstanden – sie waren frei und seine Politik wurde plebiszitär abgesegnet. Problematisch ist nicht die Machtübernahme, sondern die Art und Weise, in der die Regierung mit den ihr übertragenen Befugnissen umgeht. Die Schlüsselfrage lautet: Hält sich die politische Elite an die demokratischen Spielregeln? Der Präsident sieht sich als legitimer Vertreter des Gemeinwohls, an den qua Wahlen weitreichende Befugnisse delegiert wurden, mittels derer er das politische und gesellschaftliche Leben Venezuelas nach seinen Vorstellungen gestaltet. In diesem Pluralismusdefizit und in der mangelnden Berücksichtigung von Minderheiten und ihren Interessen liegt der Unterschied zum klassischen Demokratieverständnis. Getreu seiner Rhetorik attackiert und marginalisiert Chávez die gesellschaftlichen Sektoren, die er als Oligarchie bezeichnet. Hier stellt sich die Frage, ob es demokratisch sein kann, einer gesellschaftlichen Gruppe – einer Minderheit – aufgrund ihrer vermeintlichen historischen Verantwortung von vornherein alle Kanäle der politischen Willensbildung zu verschließen. Darf eine demokratische Regierung nur für einen Teil der Staatsbürger regieren und Verantwortung übernehmen, selbst wenn es sich dabei um den bedürftigsten handelt, und einen anderen Teil der Bürger diffamieren und ausgrenzen? Ob es Präsident Chávez gefällt oder nicht, auch die Mitglieder der „Oligarchie“ sind Venezolaner.

Der Populismus von Hugo Chávez

Vielen Politologen gilt Chávez als Repräsentant des Neopopulismus, also einer modernen Version der populistischen lateinamerikanischen Regierungen, deren Prototyp das Argentinien Juan Domingo Peróns darstellt. In der theoretischen Diskussion über den Populismus ist man weder zu Übereinkommen noch zu gemeinsamen Positionen gelangt, aber es lassen sich zwei Strömungen ausmachen. Zum einen Erklärungsansätze, die den Populismus nicht allein als politische Praktik beschreiben, sondern darüber hinaus als ein gesellschaftliches Produktionsmodell, in dem sich Arbeiter mit Sektoren der fortschrittlichen Bourgeoisie „zusammenschließen“. Die trefflichsten und vielleicht einzigen Beispiele für

diese Ausprägung des Populismus finden sich in den Regierungen Peróns und bei dem Brasilianer Getúlio Vargas.

Doch eine andere theoretische Variante des Populismus scheint für die Analyse der Regierung Chávez fruchtbarer zu sein. Hier steht der Populismus für eine manichäische Auffassung von Politik und Realität, die durch den Kampf und die Polarisierung zweier großer Gruppen charakterisiert ist. Im venezolanischen Fall wären es die Revolutionäre, die gegen die Oligarchen stünden. Durch den Konfrontationskurs wird die Möglichkeit zur Verständigung unter den politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen minimiert. Einer sieht den anderen nicht mehr als politischen Widersacher oder einfach als weiteren Akteur des politischen Systems, mit dem es Kompromisse zu suchen gilt, sondern als Feind, den es zu vernichten gilt.

Weiterhin stützt sich der Populismus auf die charismatische Herrschaft einer Führerfigur. Der fast ein Jahrhundert zurückliegenden Definition Max Webers folgend fußt die charismatische Herrschaft nicht auf Rationalität und dem Glauben an die Legalität einer gesetzten Ordnung (legale Herrschaft), sondern die Autorität des *líder* beruht auf der Überzeugung seiner Anhänger, dass dieser über Fähigkeiten verfügt, die ihn vom Rest der Bevölkerung abheben. Nahezu alle Kommentatoren stimmen darin überein, dass das Charisma des venezolanischen Präsidenten Faszination unter seinen Anhängern hervorruft.

Ohne die theoretische Debatte über ein so umfangreiches wie komplexes Thema wie den Populismus erschöpfen zu wollen, soll nur noch auf zwei Charakteristika verwiesen werden: Erstens richtet sich der Populismus generell gegen politische Parteien. Seine manichäische Sicht lässt keine Gruppen- und Parteivielfalt zu, stattdessen haben sich alle politischen und sozialen Akteure für oder gegen die Position der populistischen Regierung auszusprechen. Populistische Bewegungen tendieren zur *ad hoc*-Gründung von politischen Organisationen und gesellschaftlichen Interessengruppen, die gemeinhin relativ direkt an die Führerfigur gekoppelt sind. Zweitens richtet sich der Populismus per Definition an das Volk, welches den Ursprung seiner Legitimität bildet. Der *líder* erklärt sich zum messianischen Retter des Landes und zum alleinigen Vertreter des „wahren“ Volkswillens.

Eher den angeführten Charakteristika folgend und weniger wegen der bei öffentlichen Auftrit-

ten reproduzierten kulturellen und ästhetischen Verhaltensmuster, in denen sich das „einfache Volk“ Venezuelas wiederfindet, muss man Chávez als (Neo-)Populist verorten. Die lateinamerikanischen Eliten haben in der Vergangenheit überwiegend die Nase gerümpft und das Volkstümliche als kategorisch minderwertig eingestuft, statt den im Volk und den unteren Schichten verwurzelten Einstellungen und Praktiken den nötigen Respekt und Wert zukommen zu lassen. Eine der Reaktionen auf diese arrogante Einstellung der Eliten liegt in der Akzentuierung eines Kulturalismus innerhalb der lateinamerikanischen Nationalismen, was sich deutlich am mexikanischen Fall exemplifizieren ließe.

An dieser Stelle muss allerdings zugunsten Chávez' erwähnt werden, dass sein Hang zum Volkstümlichen trotz einiger exhibitionistischer Fehlritte seiner Herkunft und seiner Sozialisation entspricht und deshalb authentisch ist. Er entstammt einer Bauernfamilie, entdeckte früh seine Leidenschaft für Baseball und tat sich in dem populärsten Sport des Landes sogar als erfolgreicher Spieler hervor. Chávez lernte *cuatro* (ein traditionelles Musikinstrument der venezolanischen Folklore) zu spielen und Volkslieder zu singen, was zur Illustration der sozialen und kulturellen Wurzeln des venezolanischen Präsidenten einstweilen genügen soll.

Wie man sich leicht vorstellen kann, beherrscht Chávez die soziokulturellen Kodizes des venezolanischen Volkes bis zur Perfektion. Das erlaubt ihm, sich einiges herauszunehmen. So sagte er zum Beispiel auf den Generalstreik vom 10. Dezember 2001 bezogen: „[...] wenn die Unternehmer überhaupt noch irgendwas zu Stande bringen wollen, werden sie eine Menge Viagra nehmen müssen.“ Bei anderen Gelegenheiten beschimpfte Chávez politische Gegner als Feiglinge und Schwächlinge, wissend, dass der *machismo* noch tief in der lateinamerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist und dass sexistische Kommentare und Macho-Allüren keinesfalls schlecht angesehen sind oder als politisch „nicht korrekt“ kritisiert würden.

Ein neuer Militarismus in Lateinamerika?

Auch nachdem Chávez den aktiven Militärdienst quittiert hat, bleibt der Militarismus charakteristisch für den venezolanischen Präsidenten. Die Uniform mit der roten Mütze der Fallschirmjägerkommandos trägt er nach wie vor, denn sie steht symbolisch für seine aktive Teilnahme als Mitglied einer solchen Einheit am Putschversuch von 1992. Man könnte meinen, die lateinamerikanischen Militärs seien alle gleich und zeichneten sich insbesondere durch Autoritarismus und Brutalität aus. Die einzige Differenz läge darin, dass einige Diktatoren, wie Pinochet, mit einem klar umrissenen politisch radikalen, ökonomisch orthodoxen Projekt aufwarten und andere, wie Trujillo in *La Fiesta del Chivo* von Mario Vargas Llosa, eher einer Mischung aus Caligula und einem Stammesfürsten ähneln. Dazwischen liegen die kleinen Tyrannen und Folterer Zentralamerikas. Doch das Bild ist differenzierter zu zeichnen; zwischen den lateinamerikanischen Militärregimen bestehen beträchtliche Unterschiede. In den Andenländern lassen sich nationalistische Diktaturen mit reformistischen Tendenzen finden, etwa das peruanische Regime von Velasco Alvarado oder die ecuadorianischen Diktaturen der 70er Jahre. Trotz ihres autoritären Charakters haben sich diese Diktaturen, anders als die Militärregime des *Cono Sur*, nicht wegen der von ihnen zu verantwortenden Todesopfer und „Verschwundenen“ in das historische Gedächtnis des Subkontinents eingestanz. Gemeinsam sind dem chavistischen Militarismus und den nationalistischen Regimen die soziale Herkunft ihrer Militärs. Für die unteren und mittleren Segmente der Gesellschaft boten die Streitkräfte häufig die einzige Möglichkeit für den sozialen Aufstieg. In diesem Sinne wollten Beobachter eine Verbindung zwischen der chavistischen Bewegung und dem versuchten Staatsstreich in Ecuador im Januar 2000 erkennen, an dem sich ebenfalls eine Gruppe von Militärs beteiligte, die sich als linksgerichtet bezeichnet hatte.

Chávez wiederholt unablässig, dass sich die Streitkräfte mit der Wahl eines Soldaten zum Präsident in diejenige Institution verwandelt haben, die das Projekt der bolivarianischen Revolution trägt und nach außen artikuliert. Paradoxerweise ist zwar der wichtigste Minister der Regierung Chávez, der Verteidigungsminister José Vicente Rangel, ein Zivilist. Rangel war in der ersten Regierungsphase Außenminister ge-

wesen, er übt jedoch auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Innenpolitik des Landes aus. So sind die Führungsstellen in der Verwaltung überwiegend mit Militärs besetzt, was kritische Stimmen in Venezuelas Bürokratie laut werden ließ. Der Unmut richtete sich gegen den Kasernenstil, der in die öffentliche Verwaltung eingekehrt sei. Kritisiert wurde auch, dass die meisten Militärs nicht über ausreichende administrative Erfahrung verfügten.

Zur aktuellen Lage in Venezuela

Wie man sich denken kann, haben die Eigenheiten des chavistischen Regimes die ohnehin vorhandene politische wie soziale Polarisierung in der venezolanischen Gesellschaft weiter verschärft. Das heutige Venezuela ist gespalten – zwischen Anhängern, die Chávez offen und vorbehaltlos unterstützen, und Gegnern, die ihn aus dem Amt drängen wollen. Besonders anschaulich wird die gesellschaftliche Bruchlinie bei Protesten gegen das Regime, die oftmals unmittelbar mit Gegenkundgebungen seitens der Chavisten beantwortet werden.

Der Generalstreik vom 10. Dezember war die Katharsis des Konfliktes, der lange Zeit zwischen den Parteigängern von Chávez und Oppositionsgruppen geschwelt hatte. Erstere rekrutieren sich aus der Landbevölkerung und marginalisierten Städtern, deren Großteil sich in den informellen Wirtschaftssektoren der Ballungsräume verdingen muss. Bei den Gegnern handelt es sich vorwiegend um die städtische Mittel- und Oberschicht, die ihren politischen Ausdruck in Bürgerbewegungen finden, die sich in Reaktion auf vom Chávez-Regime induzierte Freiheitsbeschränkungen und Pluralismusdefizite formiert haben. Berufsvereinigungen, Studentenverbände, Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen sind die wichtigsten oppositionellen Akteure in der venezolanischen Zivilgesellschaft. Diese ungewöhnliche Blockbildung spiegelt deutlich die soziopolitische Formation des gegenwärtigen Venezuela wider.

Der Präsident soll inzwischen öffentliche Auftritte meiden, bei denen das Publikum allzu breit gefächert ist, weil der ungeteilte Zuspruch der Anwesenden in Zweifel steht. Die wöchentlichen Ansprachen von Chávez in nationalen Rundfunk- und Fernsehsendern führten zu *caceroladas*, d.h. die Bürger machten ihrem Unmut Luft, indem sie auf Balkonen und aus den Fenstern mit leeren Kochtöpfen schepperten. Als

Gerüchte um einen Putsch die Runde machten, entgegnete der Populist, er sei bereit die Waffe zu ziehen, um die Macht zu verteidigen. Obwohl das Szenario eines Militärputsches unrealistisch scheint, da die mit Sold- und Budgeterhöhungen bedachten Streitkräfte zu den größten Profiteuren der bolivarianischen Revolution zählen, ist ein Staatsstreich nicht vollkommen auszuschließen. Denn es gibt unzweifelhaft Gruppierungen innerhalb des Militärs, überwiegend nicht mehr im aktiven Dienst, wie die Mitglieder des *Frente Institucional Militar (FMI)*, die ihre Unzufriedenheit mit der Regierung offen bekunden. Chávez scheint die Ereignisse vom 14. Februar 1992, deren Protagonist er war, verdrängt zu haben, wenn er in Bezug auf die Putschgerüchte droht: „Wenn wir nachweisen können, dass jemand gegen die Sicherheit des Landes, gegen die Demokratie konspiriert, kann er sicher sein, dass ihn die ganze Härte des Gesetzes treffen wird.“

Die Popularität, die es Chávez ermöglichte alle Wahlen, denen er sich gestellt hatte, mit absoluten Mehrheiten zu gewinnen, scheint zu verpuffen. Chávez war im Juli 2000 mit 60 Prozent der Stimmen in das höchste Amt des Staates gewählt worden. Zwar ist seine Akzeptanz in der Bevölkerung immer noch relativ ausgeprägt, doch sind sich die Beobachter einig, dass dieser Zuspruch eher den guten Konjunkturdaten geschuldet ist, wohingegen die Umfragewerte für den Präsidenten selbst einem Abwärtstrend folgen.

Eine der größten politischen Niederlagen von Chávez waren die verlorenen Gewerkschaftswahlen (für die offiziellen Listen) im August und Oktober 2001. Diese wurden als allgemeine und geheime Wahlen abgehalten, wodurch Chávez die Bande zwischen den großen Gewerkschaften und den traditionellen Parteien, speziell zur AD, zu unterminieren trachtete. Aber der Schuss ging nach hinten los, und der Oppositionskandidat für den Gewerkschaftsvorsitz, Carlos Ortega, trug mit fast 68 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Sieg davon. Ein Alarmsignal, das Chávez nicht mehr übersehen konnte und das den Wandel des nationalen Gewerkschaftsverbandes, *Confederación Venezolana de Trabajadores (CVT)*, zum Protagonisten der Opposition symbolisiert. Ihre neue Rolle stellten die Gewerkschaften beim Generalstreik am 10. Dezember eindrucksvoll unter Beweis.

Die venezolanische Verfassung erlaubt die Übertragung – kraft eines Ermächtigungsgesetzes – legislativer Befugnisse von der Nationalver-

sammlung auf den Präsidenten. Zugunsten der zügigen Abwicklung von Gesetzesvorhaben wird die gemeinsame, durch die Verfassung geregelte Beteiligung beider Staatsorgane am Gesetzgebungsprozess ausgesetzt. Unter Ausschaltung der parlamentarischen Instanz verkündete Chávez 49 Gesetze, von denen insbesondere die Gesetze zur Agrarreform und zur Regulierung der Gas- und Ölvorkommen sowie die Normierung der Fischerei und die Regelung der Grundeigentumsverhältnisse an Flussufern und Meeresküsten den landesweiten Streik begründeten.

Folgerichtig war die Ablehnung der Unternehmer, national organisiert in der *Fedecamaras*, deren Mitglieder nach eigenen Angaben 90 Prozent des BIP außerhalb der Erdölindustrie produzieren. Pedro Carmona, Präsident des Unternehmerverbandes, wandte sich gegen einige Gesetze, die seiner Ansicht nach das Recht auf Privateigentum in Frage stellten und darüber hinaus nicht ausreichend diskutiert worden seien. Die Gewerkschaftsverbände sehen dagegen die Rechte der Arbeitnehmer beschnitten, kritisieren die investitionshemmenden und somit potentiell beschäftigungsgefährdenden Effekte der Gesetze. Einig sind sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände darin, dass ein Teil der verabschiedeten Gesetze nicht verfassungskonform ist. Den eingeleiteten rechtlichen Schritten räumt das unkonventionelle Bündnis jedoch nur geringe Erfolgsaussichten ein, da die Regierung eine beträchtliche Kontrolle über die verschiedenen Staatsorgane ausübt.

Seriöse Aussagen über die Zulässigkeit der Gesetze sind schwerlich zu machen, weil lediglich Berichte und Kommentare der Medien vorliegen. Man könnte im Zweifel für den Gescholtenen argumentieren, denn die Intention des Präsidenten scheint prinzipiell nachvollziehbar: Die Eigentumsverhältnisse von brach liegenden Ländereien sollen geregelt werden, um es unter den Bauern zu verteilen, die es bestellen würden; die Existenz der einfachen Fischer soll geschützt werden, indem man sie vor der übermächtigen Fischereiindustrie schützt, und schließlich soll ein größerer Anteil der Erträge aus der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen, die letztlich dem Land und damit allen gehören, den öffentlichen Haushalten zu Gute kommen.

Die Problematik dieser Gesetze liegt in der pseudorevolutionären Demagogie, mit der sie von Chávez vertreten werden und die sich unverhohlen und weitreichend gegen die Interessen der Eigentümer (aus chavistischer Perspektive: gegen

die Oligarchie) richtet. Vergessend, dass er als Präsident aller Venezolaner gewählt wurde, macht Chávez die sogenannte Oligarchie für alle Defizite des Landes verantwortlich. Ignorierend, dass sein Diskurs die Konfrontation weiter zuspitzt und die gesellschaftliche Spaltung vertieft, scheint Chávez in einer dichotomischen Welt von arm/reich und gut/böse gefangen zu sein. Hinzu kommt der Verfahrensablauf, der bezeichnend für die Persönlichkeit des Präsidenten steht. Chávez hat unter Anwendung der ihm übertragenen Legislativbefugnisse gehandelt. Keine Konfrontation scheuend und getreu seiner Freund-Feind-Logik nutzte Chávez das Verfahren ohne jedes Fingerspitzengefühl zu einer Demonstration seiner Macht. Oder warum hatte er bis zum letzten Tag gewartet, um die 49 Gesetze zu verkünden? Warum ließ er nicht wenigstens zu, dass die Gesetze mit dem größten Konfliktpotential in der Nationalversammlung debattiert wurden? Chávez wäre dabei nicht einmal ein Risiko eingegangen, kontrolliert er doch die Mehrheit in der Gesetzgebenden Versammlung. Es hätte doch im Interesse des Präsidenten liegen müssen, seine Mehrheit zu nutzen, um die Gesetze bestätigen zu lassen und die demokratischen Formen so weit wie möglich zu wahren. Oder sollte Chávez der Gedanke missfallen haben, dass sich seine Reformanstrengungen in eine Kollektivaufgabe verwandeln könnten, dass dem Gründer der Fünften Republik seine unangefochtene Protagonistenrolle in der bolivarianischen Revolution im allgemeinen und seine Urheberchaft für die Gesetze im speziellen streitig gemacht werden könnten?

Statt den Streikenden entgegenzukommen und nach einer konsensualen Lösung zu suchen, verharrte Chávez in seinem Verhaltensmuster. Er erhöhte den Druck und potenzierte somit den Konflikt mit der Opposition, was zu Meinungsverschiedenheiten mit Verteidigungsminister Rangel geführt haben soll, dem eine Art Vermittlerrolle während des Generalstreiks zukam. Unzufrieden mit den Wirren der Innenpolitik, suchte Chávez sich auf internationalem Parkett zu profilieren. Er attackierte den weitgehend von den USA gestalteten ALCA-Prozess (*Área del Libre Comercio de las Américas*) beim Gipfel der karibischen Staaten, der auf der venezolanischen *Isla de Margarita* abgehalten wurde, während der Streik das Land paralyisierte. Dabei verschärfte Chávez noch einmal den Ton gegenüber dem großen nördlichen Nachbarn.

Die Organisatoren des Streiks meinen dennoch, ihre Anstrengungen seien erfolgreich gewesen und dass sie die Hoffnung hegen, der Präsident werde seine Position überdenken. Für den Fall, dass es bei Chávez nicht zu einem Einstellungswandel kommt, drohen die Sprecher des Oppositionsbündnisses mit einer Fortsetzung der Maßnahmen. Für den Moment ist in der Nationalversammlung eine Kommission gebildet worden, die die Gesetze überarbeiten soll. Die Erwartungen sind jedoch gedämpft, weil die Parteigänger von Chávez das Gremium dominieren.

Ausblick

Mögliche Zukunftsszenarien lassen sich derzeit schwer voraussehen. Zunächst bleibt abzuwarten, wie die „revolutionären“ Gesetze in der Praxis angewandt werden. Ebenso großen Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes haben die Konjunktur der Weltwirtschaft und insbesondere die Preisschwankungen am Rohölmarkt. In einem *worst-case*-Szenario würde Chávez den Konflikt weiter anheizen, was eine zusätzliche, gefährliche Verschärfung der sozialen und politischen Spaltung Venezuelas zur Folge hätte. Bedrohlich könnte eine solche Zuspitzung auch für das Regime selbst werden, denn Chávez schafft allzu viele Fronten, die er gleichzeitig in Schach halten muss – eine Situation, die auf Dauer kaum zu kontrollieren ist; es sei denn, er bekennt sich offen zum Autoritarismus, was wiederum zu einer Verschlechterung der Situation bei einem weiteren Preisverfall des Rohöls führen würde. Anders würde sich die Lage entwickeln, falls es Chávez gelänge, das *timing* der von ihm angeführten Konflikte besser zu kontrollieren. Denn die innenpolitischen Reformen ließen sich effizienter durchsetzen, wenn der Präsident nicht alle gesellschaftlichen Akteure zugleich gegen sich aufbrächte. Ein drittes Szenario bestünde im Abrücken von den bisher vertretenen Positionen, um dem Oppositionsbündnis entgegen zu kommen und die Reformen in einem pluralistischeren Umfeld zu realisieren.

Die Entwicklung der politischen Lage Venezuelas ist schwerlich zu prognostizieren, weil sie allzu sehr von der Persönlichkeit und vom Gemütszustand des Präsidenten abhängt. Ursächlich dafür sind die Machtkonzentration in der Exekutive, die Selbstherrlichkeit von Chávez und seine Tendenz, sich abwechselnd als messianischer Retter oder als Reinkarnation des Befreiers Bolívar zu präsentieren. In Oppositionskreisen wird

bereits über psychische Störungen des Präsidenten gemutmaßt. Spekulative Anfeindungen dieser Art bleiben jedoch zweifelhaft und werden hier nur unter Vorbehalt erwähnt.

Problematisch ist, dass die Handlungen des Präsidenten und der chavistische Diskurs häufig

Klarheit und Transparenz vermissen lassen, oder wie es Gabriel García Márquez nach einem Gespräch mit Hugo Chávez ausdrückte: „Mich fröstelte bei dem Gedanken, dass es zwei grundverschiedene Männer waren, mit denen ich mich auf einer gemeinsamen Reise so angenehm unterhalten hatte: Der eine, dem eine glückliche Fügung die Chance gegeben hat, sein Land zu retten; der andere, ein Trautänzer, der als weiterer Despot in die Geschichte eingehen könnte.“

(aus dem Spanischen übertragen von Daniel Flemes)

Autorennotiz: Francisco Sánchez López ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die politischen Institutionen in Lateinamerika. Er arbeitet an einem DFG-Projekt über die Rolle der Senate in Lateinamerika mit. Länderschwerpunkte sind Ecuador und Uruguay. E-mail: fsanchez@usal.es

Peter Peetz

Neopopulismus in Lateinamerika Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2001, im Druck, € 7,70 (DM 15,00)
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 7) ISBN 3-926446-85-4

Diese Arbeit klärt, was mit den Bezeichnungen „Populismus“ und „Neopopulismus“ gemeint ist. Sie diskutiert, ob das Konzept „Neopopulismus“ praktikabel ist und ob es für die Politikanalyse aussagekräftig und notwendig ist. Es wird analysiert,

- warum neopopulistische Politiker an die Macht kommen,
- wie sich ihre Anhängerschaft zusammensetzt,
- welchen politischen Diskurs sie verwenden,
- wie sich politische Kommunikation im Neopopulismus gestaltet,
- ob und wie Neopopulisten ihren Diskurs auf einzelnen Politikfeldern in die Tat umsetzen,
- welche Bedeutung Neopopulismus für die Demokratie eines Landes hat und
- was die Ablösung neopopulistischer Machthaber herbeiführt.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>